

## Wahlvorbereitung im Zeichen der politischen Krise

Wilhelm Hofmeister

- Kabinettsumbildung im Hinblick auf die Wahlen am 01. Oktober 2006
- Die Vorbereitung von Wahlallianzen und die Rolle der PMDB
- Gerald Alckmin Präsidentschaftskandidat der PSDB
- Präsident Lula ein nach dem Rücktritt von Finanzminister Palocci einsamer Kandidat
- Abstimmungsniederlage der Regierung: parlamentarische Untersuchungskommission bestätigt den Korruptionsvorwurf

Am 1. Oktober 2006 ist Wahltag in Brasilien. Gewählt werden: der Staatspräsident, 21 Senatoren, 513 Abgeordnete, 27 Gouverneure der Bundesstaaten und des Bundesdistrikts, 1.059 Landtagsabgeordnete der Bundesstaaten und des Bundesdistrikts. Sofern bei der Präsidentenwahl und bei den Gouverneurswahlen in den Bundesländern keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erreicht, finden vier Wochen später, am 29. Oktober, Stichwahlen statt. Am 01. Januar 2007 treten alle neuen oder wiedergewählten Mandatsträger ihre neuen Ämter bzw. Mandate an.

Der 31. März war ein wichtiges Datum im Hinblick auf den Wahltag. Denn in Brasilien müssen laut Verfassung alle Personen, die Ämter in einer Regierungsfunktion ausüben, ein halbes Jahr vor einer Wahl ihre Ämter aufgeben, sofern sie nicht unmittelbar für das Amt wieder kandidieren, das sie gerade innehaben. Deshalb mussten alle Minister, Gouverneure oder auch Bürgermeister, die bei den Wahlen als Kandidaten antreten werden, ihre Ämter am 31. März aufgeben.

Mit dieser Regelung sollen die Ausgangsbedingungen der Kandidaten angeglichen und es soll verhindert werden, dass Kandidaten ihre Ämter für Wahlkampfzwecke missbrauchen. Auf den ersten Blick ist das eine sehr honorige Bestimmung. Doch wie manche andere Regelungen der Verfassung, die ein demokratisches Ideal verfolgen, hat auch diese Bestimmung ihre problematische Seite: denn erstens nutzen selbstverständlich alle

Amtsträger so weit und so lange es geht, alle Möglichkeiten, um eine Wahlkandidatur vorzubereiten; zweitens aber werden nach ihrem Amtsverzicht viele Stellvertreter oder Nachrücker benannt, denen es nicht nur an Erfahrung fehlt, sondern die häufig auch noch viele weitere Stellen neu besetzen. Auf Landes- oder Kommunalebene werden zum Teil ganze Landesregierungen oder Kommunalverwaltungen komplett für ein halbes Jahr ausgetauscht, neue Projekte begonnen, Ausgaben getätigt oder aber Verpflichtungen nicht eingehalten. Die im Prinzip honorige Verfassungsbestimmung verursacht somit enorme Kosten für das Land.

Staatspräsident Lula hat aufgrund dieser Regelung am Freitag, den 31. März, neun Minister verabschiedet, die als Kandidaten an den Wahlen teilnehmen wollen. Er hat sie mehrheitlich durch ihre bisherigen Staatssekretäre ersetzt.

In 13 der 27 Bundesstaaten sind die Gouverneure zurückgetreten, weil sie ein anderes Mandat anstreben, und haben ihren Stellvertretern Platz gemacht. Da in etlichen Bundesstaaten das Verhältnis zwischen dem bisherigen Gouverneur und seinem Stellvertreter gespannt war und weil viele der neuen Gouverneure anderen Parteien als ihre Vorgänger angehören, kommt es auf Landesebene zu zahlreichen Neubesetzungen politischer Ämter und viele neue Projekte werden begonnen.

### **Altes Wahlrecht – und erneut die alten Probleme**

Da auch in der laufenden Wahlperiode keine politische und Wahlrechtsreform beschlossen wurde - obwohl die seit dem Frühjahr letzten Jahres andauernde politische Krise eigentlich sehr deutlich gemacht hat, dass einige Regelungen des Wahl- und Parteienrechts dringend einer Reform bedürften - werden die Parlamentswahlen nach den geltenden Regeln durchgeführt. Bei der Wahl der Senatoren, die jeweils für acht Jahre gewählt werden, gilt ein Mehrheitswahlrecht auf Landesebene. Bei der Abgeordnetenwahl gilt ein offenes Listenwahlrecht auf Landesebene. Das bedeutet, die Parteien stellen zwar Landeslisten auf, doch entscheidend ist letztlich die Stimme für die einzelnen Kandidaten und nicht die für die Parteien. Die Mandate pro Partei werden nicht nach der Liste, sondern nach der Anzahl der Stimmen für einzelne Kandidaten verteilt.

Angesichts dieser Regelung sind Wahlen weniger Parteien- als Persönlichkeitswahlen. Deshalb werben die Kandidaten in der Regel für sich selbst und nicht für ihre Partei. Da es keine Wahlkreise gibt, müssen die Kandidaten innerhalb eines Bundesstaates möglichst weitflächig für sich werben. Das verteuert den Wahlkampf ungemein. Der Wahlkampf 2006 wird deshalb mindestens genau so teuer sein wie die früheren Wahlkämpfe. Für eine Präsidentschaftskandidatur mit einiger Aussicht auf Erfolg sind mindestens 150 Millionen US\$ zu veranschlagen. Eine aussichtsreiche Kandidatur für den Senat kostet mindestens 1 Million US\$, je nach Bundesland zum Teil viel mehr. Und auch für die erfolgreiche Bewerbung um ein Abgeordnetenmandat sind mindestens einige hunderttausend Dollar zu veranschlagen. Die Kandidaten müssen deshalb versuchen möglichst hohe Summen einzusammeln, wobei ein Grossteil der Wahlkampfmittel und ihre Herkunft trotz strenger gesetzlicher Auflagen voraussichtlich nicht transparent sein werden. Das Problem der „schwarzen Kassen“ wird weiter existieren. Nach der Wahl werden die gewählten Volksvertreter dann wieder versuchen müssen, die Wahlkampfausgaben zu „refinanzieren“ ... Solange diese Mechanismen durch

eine politische Reform nicht beseitigt werden, bei der die Parteien gegenüber den Einzelkandidaten gestärkt werden, wird es auch immer wieder Skandale wegen unlauterer Wahlkampffinanzierung geben.

### **Das „Vertikalisations-Gesetz“**

Von großer Bedeutung für die diesjährigen Wahlen ist die Beibehaltung des Gesetzes der „Vertikalisierung“. Danach sind Wahlbündnisse der Parteien auf Bundesebene auch auf der Landesebene zwingend. Eine Partei, die ein Wahlbündnis auf Bundesebene eingeht und beispielsweise mit einer anderen Partei zusammen eine Absprache hinsichtlich der Nominierung des Präsidentschaftskandidaten und Vize-Präsidentschaftskandidaten trifft, muss diese gleiche Koalition überall im Land einhalten und kann sich nicht auf Landesebene mit anderen Partnern verbünden. Eingeführt wurde diese Regelung wenige Monate vor den vergangenen Wahlen im Jahr 2002. Nach jahrelangen Diskussionen hat zwar eine Parlamentsmehrheit im Dezember 2005 eine Abschaffung dieser „Vertikalisierung“ entschieden, doch die Gesetzesänderung ist erst im Februar 2006 im Bundesanzeiger (*Diário Oficial*) veröffentlicht worden. Weil die Verfassung bestimmt, dass in einem Wahljahr keine Änderungen des Wahlrechts erlaubt sind, hat das Oberste Gericht schließlich die Geltung dieser Gesetzesänderung für den laufenden Wahlprozess verneint. Die Wahlen 2006 müssen deshalb nach den bisherigen Regeln stattfinden.

Das „Vertikalisations“-Gesetz hat unmittelbare Auswirkungen auf die Koalitionsbildungen und Absprachen zwischen den Parteien vor der Wahl. Präsident Lula war sehr an einer Beibehaltung des Vertikalisations-Gesetzes interessiert, weil es wohl dazu beiträgt, dass die Zahl der Präsidentschaftskandidaten letztlich gering bleibt, was die mögliche Streuung der Wählerstimmen einschränkt und die Chance erhöht, dass ein Kandidat bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht. Natürlich hofft der Präsident, dass er selbst derjenige sein wird, der im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit gewinnt.

Weil viele der kleineren Parteien auf Länderebene unterschiedliche Allianzen anstreben, müssen sie auf einen eigenen Präsidentschaftsbewerber verzichten; andernfalls müssten sie bundesweit Allianzen mit gleichen Partnern bilden. Das ist aber wegen der unterschiedlichen regionalen Interessen und Präferenzen für viele Parteien nicht möglich.

Im Gegensatz zu Präsident Lula war die Arbeiterpartei PT (*Partido dos Trabalhadores*) für eine Abschaffung des „Vertikalisations“-Gesetzes eingetreten. Denn angesichts der politischen Krise, die insbesondere auch eine Krise der PT ist, versucht die Partei verzweifelt, wo und mit wem auch immer Wahlallianzen zu bilden. Das Korsett des „Vertikalisations“-Gesetzes aber engt den Rahmen für Wahlabsprachen erheblich ein und erschwert die Wahlvorbereitung für die PT. Andere Parteien können dagegen eher von diesem Gesetz profitieren. Das gilt vor allem für die PMDB, die zur Zeit von allen Seiten heftig umworben wird.

## Die PMDB in der Rolle der allseits umworbenen Braut

Die PMDB (*Partido do Movimento Democrático Brasileiro*) ist eine der wichtigsten Parteien des Landes, die wahlpolitisch immer einen hohen Mobilisierungseffekt erreicht und in der Regel eine der stärksten Fraktionen im Senat und im Abgeordnetenhaus stellt sowie auch auf der Ebene der Bundesländer recht erfolgreich ist. Nachdem die PMDB zusammen mit der PSDB und der PFL acht Jahre lang der Koalition von Präsident Cardoso angehörte, ist sie seit 2004 Teil der Regierungskoalition von Präsident Lula und stellt einige Minister. Seit Monaten erlebt diese Partei eine heftige Kontroverse über die Frage, ob sie einen eigenen Präsidentschaftskandidaten stellen soll oder nicht.

Ein starker Flügel des regierungsnahen Lagers, angeführt von den Senatoren José Sarney, dem ehemaligen Staatspräsidenten, und Renan Calheiros, zur Zeit Senatspräsident, will die Allianz mit der PT aufrecht erhalten und nach Möglichkeit sogar ein formales Wahlbündnis schließen, so dass ein PMDB-Vertreter zusammen mit Präsident Lula als Vizepräsidentschaftskandidat antreten würde. Für Präsident Lula wäre das eine ideale Ausgangsbasis und er versucht alles Mögliche, um die PMDB für eine Wahlallianz zu gewinnen. Dann aber müsste die PMDB überall im Land gemeinsam mit der PT antreten. Das jedoch ist kaum wahrscheinlich, weil in verschiedenen Bundesländern tiefgreifende Divergenzen zwischen PT und PMDB existieren. Um die PMDB für eine Wahlallianz zu gewinnen, müsste die PT wohl vielerorts auf die Nominierung eigener Gouverneurskandidaten verzichten und auch bei den Senats- und Abgeordnetenwahlen schmerzhaft Konzessionen machen. Angesichts der Situation der PT ist das zwar nicht ganz auszuschließen, aber die formale Koalition erscheint dennoch eher unwahrscheinlich.

Ein anderer Parteiflügel der PMDB vertritt eine Oppositionshaltung gegenüber dem Präsidenten Lula und würde gerne einen eigenen Präsidentschaftskandidaten nominieren. Allerdings hat jeder der beiden Bewerber der Partei ein handicap: German Ricotto, Gouverneur von Rio Grande do Sul, ist im Land wenig bekannt; Antony Garotinho, ehemaliger Gouverneur von Rio de Janeiro und Präsidentschaftskandidat von 2002, kann zwar Wählerstimmen mobilisieren, und erfährt als ehemaliger protestantischer Prediger vor allem von evangelikalen Gruppen landesweit Rückhalt, doch aufgrund seines populistischen Regierungsstils in Rio de Janeiro und seiner Verwicklung in einige Wahlbetrügereien bei den letzten Kommunalwahlen, hat er insgesamt keinen sehr guten politischen Leumund. Innerhalb der PMDB, der er erst seit verganginem Jahr angehört, gibt es einflussreiche Gruppen, die eine Nominierung von Garotinho auf jeden Fall verhindern wollen. Zwar gewann er die Urabstimmung der Parteimitglieder am 19 März. In der Partei bestehen jedoch Zweifel, ob die Abstimmung legal war oder nicht, zudem war der Sieg Garotinhos nicht eindeutig. Die Partei hat noch Zeit diese Frage abschließend zu klären, je nachdem für welche Option sie sich letztlich entscheidet: keine Koalitionsaussage bzw. Wahlallianz, eigener Präsidentschaftskandidat, Koalition mit der PT – oder aber eine Koalition mit der PSDB und der PFL in offener Opposition gegenüber Präsident Lula und der PT. Auch diese Option ist nicht völlig auszuschließen, denn sowohl der Kandidat der PSDB, Geraldo Alckmin, als auch Ex-Präsident Fernando Henrique Cardoso werben in diesen Wochen heftig um die PMDB und auch um Garotinho, der sogar als Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten zusammen mit dem Bewerber der PSDB genannt wird.

## Geraldo Alckmin – Kandidat der PSDB

Der PSDB (*Partido da Social Democracia Brasileira*), der Partei des ehemaligen Präsidenten Cardoso, ist die Entscheidung über ihren Präsidentschaftskandidaten nicht leicht gefallen. Da der Bürgermeister von São Paulo und Kandidat von 2002, José Serra, die besten Umfrageergebnisse im Verhältnis zu Präsident Lula hatte und ihm einige Umfragen vorübergehend sogar die Möglichkeit eines Wahlsieges zusprachen, wurde stark damit gerechnet, dass Serra der Kandidat sein würde. Tatsächlich hat ein Triumvirat aus Ex-Präsident Cardoso, dem PSDB-Vorsitzenden und Senator Tasso Jeressati und dem Gouverneur von Minas Gerais, Aécio Neves, nach einem Mittagessen mit José Serra in einem Nobelrestaurant in São Paulo verkündet, man habe sich für den Bürgermeister entschieden. Doch innerhalb der PSDB stieß dieser großherrliche Stil der Kandidatenkür auf wenig Zustimmung. Viele Parteimitglieder und insbesondere die Gouverneure, Senatoren und Abgeordneten der PSDB fühlten sich ausgegrenzt. Vor allem aber gab der Gegenspieler von José Serra, São Paulos Gouverneur Geraldo Alckmin seine Ambitionen nicht auf, sondern beharrte darauf, dass der Parteikandidat gegebenenfalls in einer internen Wahl bestimmt werden müsste. Serra lehnte dieses Verfahren ab und weil Alckmin in dieser Frage nicht nachgab, in einer informellen Abstimmung eine Mehrheit der PSDB-Parlamentarier für ihn votierte, sich zudem die Umfragewerte für Präsident Lula wieder verbesserten, so dass ein Sieg Serras unwahrscheinlicher, zumindest aber viel schwieriger erschien, wurde Geraldo Alckmin schließlich zum Präsidentschaftskandidaten der PSDB akklamiert. Ein weiterer Aspekt war das Problem, dass die PSDB bei einer Niederlage von Serra gleich zwei wichtige Bastionen verlieren würde: die Stadt São Paulo, die Serra seinem Stellvertreter- von der PFL übergeben müsste, und das Bundesland São Paulo, das die PSDB ohne einen zugkräftigen Kandidaten vielleicht an eine andere Partei verlieren würde. José Serra erklärte sich nach einigem Zögern bereit, im Bundesland São Paulo als Gouverneur zu kandidieren. Serra und Alckmin haben ihre bisherigen Ämter am 31. März auf- und ihren Stellvertretern von der PFL übergeben.

Geraldo Alckmin, 53, ist zwar auf nationaler Ebene erst wenig bekannt, doch im Bundesland São Paulo hat er eine lange politische Karriere. Er war Bürgermeister seiner Heimatstadt Pindamonhangaba, Landtags- und Bundesabgeordneter, ab 1994 Stellvertreter des populären Gouverneurs Mario Covas und nach dessen Tod 2001 dann selbst Gouverneur. Die Wahlen 2002 gewann er im ersten Wahlgang. In São Paulo hat er sich den Ruf eines seriösen Regierungschefs erworben. Er hat wichtige landespolitische und Verwaltungsreformen durchgesetzt und genießt vor allem auch bei den Bürgermeistern seines Bundeslandes viel Vertrauen. Alckmin ist als sehr religiös und eher konservativer Katholik bekannt. Zwar ist er kein Volkstribun, sondern eher ein bedächtiger Zuhörer als ein mitreißender Redner, doch bei der Art und Weise der Durchsetzung seiner Präsidentschaftskandidatur bewies er Beharrungsvermögen und viel Erfahrung im Umgang mit den politischen Strukturen und Seilschaften des Landes. Er ist auf keinen Fall ein politisches Leichtgewicht.

Seitdem er die Unterstützung der PFL (*Partido do Frente Liberal*) für seine Kandidatur sicherte, unternimmt Alckmin zur Zeit den Versuch, seine Wahlallianz zu erweitern. Dabei sucht er u.a. auch das Gespräch mit der PMDB und Antony Garotinho. Es wird daher bereits darüber spekuliert, ob und wie der Katholik Alckmin und der protestantische Prediger

Garotino eine gemeinsame Plattform bilden können. Solche Spekulationen haben wenig Substanz.. Eine Allianz der PMDB mit PSDB und PFL jedoch ist nicht ganz auszuschließen. Die PFL hat bereits signalisiert, ihren Anspruch auf die Kandidatur für den Vizepräsidenten zugunsten der PMDB aufzugeben, sofern diese in das Alckmin-Lager überwechselt.

Die mangelnde Bekanntheit von Alckmin dürfte kein unüberwindbares handicap sein, denn über die Massenmedien wird er bald im ganzen Land bekannt sein. Eine möglichst breite Wahlallianz wird ihm zudem viele Fernsehminuten im Wahlkampf einbringen. Er wird in den Umfragen der nächsten Wochen sicherlich eine kontinuierlich nach oben weisende Zustimmungskurve haben, was für die Stimmung vor der Wahl psychologisch wichtig ist.

### **Präsident Lula: ein einsamer Kandidat**

Entwickelten sich die Umfragewerte in den Wochen seit Jahresbeginn in eine für den Präsidenten erfreuliche Richtung, weil seine Popularität wieder zunahm und die Menschen von der Korruptionskrise und ihren Umständen offensichtlich nichts mehr hören wollten, so bedeutete der Rücktritt von Finanzminister Palocci einen Rückschlag für die Wahlvorbereitungen von Lula da Silva. Er spürt immer deutlicher die Einsamkeit der Macht. Zuletzt wirkte er etwas melancholisch und zerstreut, nachdem er in den Wochen zuvor angesichts steigender Umfragewerte mit zunehmendem Spaß und Eifer landauf und landab unterwegs war und die zahlreichen Begegnungen mit der Bevölkerung ganz offensichtlich genoss.

Auch wenn sich Präsident Lula beharrlich weigert zu erklären, ob er sich um eine Wiederwahl bewerben wird, haben seine Auftritte ganz eindeutig Wahlkampfcharakter. Unermüdlich weicht er ein, was in den letzten Jahren aus Bundesmitteln gebaut, entwickelt oder wenigstens in Angriff genommen wurde. Dabei tut es seinem Einweihungseifer keinen Abbruch, wenn die eine oder andere Straße an verschiedenen Streckenabschnitten gleich mehrfach eingeweiht wird oder das eine oder andere Projekt schon lange existiert. Er trifft Menschen in allen Landesteilen, die aus Anlass der Präsidentenbesuche zusammengetrommelt oder angekartt werden. Er hält Reden, in denen er betont, dass noch keine Regierung zuvor so viel für die Armen getan habe und er beschuldigt die Elite des Landes, die Krise konstruiert zu haben, um den Erfolg eines sozialen Aufsteigers zu verhindern.

Diese Auftritte, die er trefflich auch in Medienereignisse zu transformieren weiß – sei es mit einem Federschmuck der Indios auf seinem Kopf, sei es in der Hütte eines armen Urwaldbewohners etc. – , haben sein Image gefördert. Der Rücktritt von Finanzminister Palocci allerdings und vor allem die Umstände dieses Rücktritts ließen die schon überwunden geglaubte Krise plötzlich wieder ganz aktuell werden.

Palocci musste zurücktreten, weil sich herausstellte, dass er vor einem Parlamentsausschuss, der u.a. seine Verwicklung in verschiedene Korruptionspraktiken untersuchte, gelogen und sein Amt dazu missbraucht hatte, einen unliebsamen Zeugen einzuschüchtern. Vergeblich versuchte der Präsident den Rücktritt seines Finanzministers zu vermeiden.

Mit Palocci verlor Lula da Silva die stärkste Stütze seiner Regierung. Obwohl der Arzt Palocci in seiner Jugend dem trotzkistischen Flügel der PT angehört hatte, vertrat er in den vergangenen drei Jahren eine orthodoxe Finanz- und Wirtschaftspolitik – nicht selten gegen erbitterte Angriffe aus seiner eigenen Partei und selbst aus dem Kabinett. Er hat damit maßgeblich zu der erfolgreichen makroökonomischen Stabilität des Landes beigetragen, die sich nach innen u.a. in einer niedrigen Inflation und kontinuierlichen Haushaltsüberschüssen und nach außen in der Rückzahlung der Kredite beim Internationalen Währungsfond und einer deutlichen Verbesserung des *ratings* von Brasilien auf den internationalen Finanzmärkten niederschlug.

Im letzten Wahlkampf des Jahres 2002 hatte Palocci das Regierungsprogramm von Lula da Silva koordiniert und maßgeblich dazu beigetragen, dass die Vorbehalte im Unternehmerlager gegenüber dem PT-Kandidaten schmolzen. Zusammen mit José Dirceu war er damals einer der beiden maßgeblichen Architekten des Wahlerfolgs von Lula. Beide engen Weggefährten des Präsidenten sind nun im Rahmen der Korruptionskrise gestürzt. Weitere alte Vertraute von Lula mussten im Rahmen der Krise zurücktreten oder nahmen freiwillig ihren Abschied. Immer weniger Personen verfügen in der Regierung und/oder der Arbeiterpartei über eine solide Autorität, um das Regierungslager zusammen zu halten und eine breite Wahlallianz zu schmieden.

Schon ist ein quasi öffentlich ausgetragener Streit zwischen Palocci und Justizminister Bastos über die Verantwortung für die Ausweitung der polizeilichen Untersuchungen gegenüber dem ehemaligen Finanzminister ausgebrochen, der sich von der Justiz nicht hinreichend geschützt fühlt. Es ist nicht auszuschließen, dass der Justizminister, sollte er aus den Reihen der PT stärker angegriffen werden, seinen Rücktritt erklärt. Das von ihm zunächst auf sehr kompetente Weise vorangetriebene Projekt einer Justizreform ist ohnehin der Krise zum Opfer gefallen, weil Bastos seit einem Jahr praktisch nur noch als Anwalt und Rechtsberater für den Präsidenten und Regierungsmitglieder aktiv ist, um sie vor peinlichen Untersuchungen zu schützen.

Der neue Finanzminister Guido Mantega ist zwar ein loyaler PT-Vertreter, genießt aber in der Finanzwelt bei weitem nicht das Ansehen seines Vorgängers. Präsident Lula musste deshalb anlässlich des Ministerwechsels ausdrücklich die Unabhängigkeit der Zentralbank vom Finanzministerium betonen.

In dieser Situation ist es für den Präsidenten nicht einfach, das Projekt seiner Wiederwahl vorzubereiten. Zwar genießt er nach wie vor insbesondere bei den ärmeren Schichten Brasiliens – und diese bilden die Mehrheit im Land - eine hohe Popularität, die nicht zuletzt durch die enormen Transferzahlungen im Rahmen verschiedener sozialpolitischer Programme gefördert wird. Doch auf keinen Fall wird er einen Wahlsieg „im Spaziergang“ erringen. Dazu wiegt die Belastung der politischen Krise zu schwer, die in diesen Tagen mit dem Abschlussbericht einer parlamentarischen Untersuchungskommission neue Aufmerksamkeit erfuhr.

## **Abstimmungsniederlage der Regierung: parlamentarische Untersuchungskommission bestätigt den Korruptionsvorwurf**

Ein Parlamentsausschuss hatte seit letztem Jahr die unzulässigen Monatszahlungen an Abgeordnete, aktive Korruption, Verkauf von Einfluss, Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Wahlbetrug untersucht. Der Abschlussbericht wurde am 05. April von einer großen Mehrheit dieser Untersuchungskommission gebilligt, nachdem die Regierung und die PT in den letzten Wochen versucht hatten, diese Abstimmung zu verhindern bzw. einen alternativen Bericht durchzusetzen.

Zentrale Aussage des Abschlussberichtes ist, dass beim Stimmenkauf von Abgeordneten Korruption im Spiel war. PT und Regierung wollten diese Aussage verhindern und nur von dem unzulässigen Gebrauch verheimlichter schwarzer Kassen aus dem Wahlkampf sprechen. Dagegen stellt der Bericht nun fest: „die wichtigsten Akteure des Schemas ermöglichten die Mittel aus öffentlichen und privaten Quellen“. Der frühere Chefminister José Dirceu wird ausdrücklich als Drahtzieher des Systems benannt: „Der Minister war über alle Vorgänge informiert und koordinierte, zusammen mit der Führung der PT, die Entscheidungen“. Gegen Präsident Lula dagegen werden keine expliziten Vorwürfe erhoben. Dennoch war die Annahme des Abschlussberichts der Untersuchungskommission eine erneute Niederlage der Regierung in einer Serie verlorener Abstimmungen im Parlament seit dem Frühjahr 2005

Am gleichen Tag wurde ein PT-Abgeordneter von den Vorwürfen des Erhalts von unzulässigen Monatszahlungen freigesprochen. Damit wurde bisher seit Ausbruch der Krise erst drei Abgeordneten das Mandat entzogen, die damit auch ihr passives Wahlrecht für acht Jahre verloren. Vier weitere Abgeordnete traten zurück und können bei den Wahlen wieder antreten. Acht Abgeordnete wurden frei gesprochen. Der Skandal endete somit, wie man es in Brasilien ausdrückt, in einer großen Pizza: das Problem wurde in viele kleine Stücke aufgeteilt, so dass am Ende niemand mehr genau weiss, wer welchen Teil geschluckt hat. Auf jeden Fall aber ist das Problem verschwunden. Dieser Effekt wurde letztlich auch mit der Verzögerung und Ausplittung der Verfahren gegen verschiedene Abgeordnete erreicht.

Im Wahlkampf freilich wird das Thema der Korruptionskrise eine zentrale Rolle spielen. Die Debatte um alternative Programme und Projekte, die dem Land eine politische, wirtschaftliche und vor allem auch soziale Perspektive eröffnen, wird dabei wohl zu kurz kommen.